

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Bericht von der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz am 13.4.2013 auf der Messe FAIR HANDELN in Stuttgart

Rund 200 Bürgerinnen und Bürger haben an der ersten Entwicklungspolitischen Landeskonferenz teilgenommen, die am 13.4.2013 auf der Messe FAIR HANDELN in Stuttgart stattfand. Minister Peter Friedrich informierte über die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien seit der Verabschiedung des Vorschlags der Bürgerinnen und Bürger durch die Landesregierung. Die Konferenzteilnehmenden erarbeiteten in 7 Workshops Vorschläge zur weiteren Umsetzung der Leitlinien. Diese Vorschläge diskutierten sie mit den entwicklungspolitischen Vertretern der Landtagsfraktionen. Den kulturellen Rahmen gestaltete das Hope Theatre Nairobi zusammen mit deutschen Jugendlichen. Moderiert wurde die Entwicklungspolitischen Landeskonferenz durch die Evangelische Akademie Bad Boll.



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1. Minister Peter Friedrich: Entwicklungspolitik als gesamtgesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe

Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, eröffnete die Entwicklungspolitische Landeskonferenz. Er betonte das Interesse der Landesregierung, den Dialogprozess zu verstetigen. „Die 1.500 Initiativen im Land sind und bleiben der Hauptakteur der Entwicklungszusammenarbeit. Sie sollen eine angemessene Möglichkeit zur Gestaltung und Mitsprache behalten.“ Minister Friedrich betonte, dass die Entwicklungszusammenarbeit eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe sei. „Unsere gemeinsamen Ziele und die von allen Partnern getragene Agenda haben eine gemeinsame Verantwortung geschaffen, die von der Maxime geprägt ist: Was können wir gemeinsam tun?“



Er informierte über die Umsetzung der Vorschläge, aus dem Dialogprozess „Welt:Bürger gefragt!“. Ein erster Schritt war die **Ausrichtung der Fördermittel des Landes** nach den Entwicklungspolitischen Leitlinien. Im Herbst 2012 habe das Land für kleine und mittlere Projekte von Nicht-Regierungsorganisationen insgesamt 390.000 Euro zur Verfügung gestellt. Ziel des Landes sei nun, zu einer Abstimmung der unterschiedlichen Geberorganisationen im Land zu kommen.

Minister Friedrich informierte über die Einführung des **Eine-Welt-Promotoren-Programms für Baden-Württemberg**. Dazu würden in Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Zusammenarbeit 11 neue Stellen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit bei zivilgesellschaftlichen Organisationen geschaffen werden.

Die **kommunale Entwicklungszusammenarbeit** solle in Kooperation mit dem Städtetag ausgebaut werden. „Eine enge Zusammenarbeit mit den Regionalpromotoren und den Fachpromotoren für Partnerschaften und Beschaffung wäre dabei ideal. Hier wäre ein bundesweites Pilotprojekt möglich.“

Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe der Regierung

Minister Friedrich erläuterte, dass die Entwicklungszusammenarbeit für die Landesregierung eine Querschnittsaufgabe darstelle, die in allen Ressorts umgesetzt werden solle. Die Landesregierung habe die Leitlinien am 5. Februar beschlossen und arbeite nun an der schrittweisen Umsetzung.

Der Kabinettsbeschluss baue die **entwicklungspolitischen Beteiligungsstrukturen** des Dialogprozesses aus und verstetige sie. Dazu gehören die Entwicklungspolitische Landeskonferenz, der Rat für Entwicklungszusammenarbeit und die Einrichtung einer Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit im Staatsministerium.

Darüber hinaus arbeite das Land an einer **Partnerschaftsvereinbarung mit Burundi** „als Partnerschaft der Zivilgesellschaften, unter Gleichen, von Menschen zu Menschen“.

Im Bereich der **beruflichen Bildung für nachhaltige Entwicklung** sollten 5 Handlungsfelder miteinander verknüpft werden: eine Ausweitung des Baden-Württemberg-Stipendiums, der Ausbau von Multiplikatoren-Schulungen, die Prüfung von Kammerpartnerschaften, ein Fokus auf Burundi ausgehend vom Bildungszentrum in Kayanza und schließlich eine pilothafte Fokussierung des „Weltwärts“-Programms auf Teilnehmende mit beruflichen Hintergrund.

Bei der **Nachhaltigkeitsstrategie** des Landes gelte es, den Beirat des Ministerpräsidenten zu überzeugen, die Leitlinien eins zu eins als Ziele im Bereich „Globale Verantwortung“ der Nachhaltigkeitsstrategie zu übernehmen.

In Sachen **interkulturelle Öffnung der Verwaltung und internationale Personalentwicklung** wurden die Ziele des sogenannten dynamischen Europa-Pools von der reinen Europa-Kompetenz auf eine weiter gefasste Welt-Kompetenz ausgedehnt.

Der Minister informierte, dass Baden-Württemberg sich auch im Bundesrat für ein stärkeres internationales Engagement der Bundesländer einsetze. „Bei der **Entwicklungspolitik auf nationaler Ebene** streben wir in enger Abstimmung mit etlichen Bundesländern und der aktuellen thüringischen

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Präsidenschaft der Ministerpräsidentenkonferenz an, zum Auslaufen der Millenniumsziele einen entwicklungspolitischen Impuls auf der Ministerpräsidentenkonferenz zu setzen.“

Minister Friedrich ermutigte zur Mitwirkung: „Die heutige Konferenz wird uns wieder einen wichtigen Schritt weiterbringen, um die Ziele, die wir in den Leitlinien gemeinsam festgelegt haben, zu verwirklichen.“

2. Ergebnisse der Workshops

Workshop 1: Stärkung der Bürgerbeteiligung in der Entwicklungspolitik des Landes



Im Workshop wurde zunächst das geplante Promotorenprogramm vorgestellt. Folgende Fragen wurden dabei diskutiert:

Einführung des Promotorenprogramms

- Noch ist unklar, wie die Regionalpromotoren in Anspruch genommen werden können
- Viele kleine aktive Gruppen sollen vernetzt werden
- Beteiligungsförderung soll es auch für Individuen, nicht nur für Vereine geben
- Wunsch nach Einbeziehung der Landfrauen
- Stärkung der Bürgerbeteiligung durch Methodenschulung
- Förderung von Fairtrade-Towns durch die Promotoren
- Kommunale Unterstützung von Eine-Welt-Foren fördern

**Evangelische
Akademie**



4



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Für die Regionalpromotoren sollen Begleitgremien eingerichtet werden.

Verjüngungskur für die Entwicklungszusammenarbeit

- Intergenerative Projekte
- Generationenübergreifende Runde Tische

Inhalte der Entwicklungspolitik

- Menschenrechte
- Perspektivenwechsel
- Interkultureller Dialog
- Partnerschaftsbeziehungen erweitern
- Gemeinwohl

Verknüpfung mit der Nachhaltigkeitsstrategie

- Entwicklungszusammenarbeit als Teil der Nachhaltigkeit wahrnehmen
- Verknüpfung mit kommunalen Strategien
- Verknüpfung der Promotorenarbeit mit den Strukturen der lokalen Agenda-Arbeit
- Verknüpfung mit BNE-Projekten

Einbindung des Landtags

- Fortsetzung der parteiübergreifenden Unterstützung
- Ansprechen der Wahlkreisabgeordneten durch die Promotoren
- Wiederbelebung des Runden Tisches

Ergänzungen zu den Handlungsvorschlägen

Hier müssen die Anregungen zu den Promotoren, zur Verknüpfung mit der Nachhaltigkeitsstrategie und zur Zusammenarbeit mit dem Landtag ergänzt werden.

Delegierte: Bettina Waldt, Allmersbach

Stellvertretender Delegierter: Dr. Hermann J. Tillmann, Gomaringen

Workshop 2: Migranten und Diasporagemeinschaften im interkulturellen Dialog und in der Entwicklungspolitik

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Im Workshop wurden schwerpunktmäßig die folgenden Themen diskutiert:

Rechtliche Fragen

- Fragen einer (doppelten) Staatsbürgerschaft. Ein Problem ist z. B., dass der Aufenthaltstitel nicht mehr gilt, wenn man mehr als 6 Monate im Herkunftsland ist – ein neues Visum muss her.
- Vereinheitlichung der Normen für eine doppelte Staatsbürgerschaft
- Administrative Hemmnisse bei der Einstellung von ausländischen Arbeitskräften müssen abgebaut werden.
- An konkreten Stellen sollen bevorzugt ausländische Arbeitskräfte eingestellt werden.
- Anonymisierung von Bewerbungsverfahren
- Interkulturelle Öffnung auf Landesebene, z. B. bei der Polizei
- Steuererleichterungen für Migranten, die ihre Angehörigen finanziell unterstützen

Bildungsarbeit

- Migranten sollen im Globalen Lernen eingebunden werden.
- Wir brauchen eine bessere Vernetzung von Eine-Welt-Organisationen und migrantischen Organisationen
- Stärkere öffentliche Sichtbarmachung und Wahrnehmung des Engagements von Migranten
- Fördertöpfe und Ausschreibungen sollen auf MigrantInnen zugeschnitten werden.
- Einbeziehung von MigrantInnen in allen Bildungsbereichen (Kindergarten, Schule, Hochschule, ...)
- Training und Fortbildung für MigrantInnen
- Bildung zur Armutsbekämpfung: Stipendien für Menschen im „globalen Süden“
- Ausbildungsförderung für Erwachsene über Migrationsvereine

Evangelische

Akademie



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Einzelpersonen und Migrantenvereine für Städte- und Schulpartnerschaften mit dem Globalen Süden einbinden
- Wissenstransfer und Einbindung in die Strategie für Globales Lernen und die Entwicklungspolitik
- Bereich Wirtschaft: Einbindung in Diversity-Management
- Aufbau einer Fachkräfteallianz (BQFG – Anerkennung ausländischer Abschlüsse)

Vernetzung

- Verpflichtung zur Verwendung der Fachkompetenzen der Migranten in der Entwicklungszusammenarbeit und darüber hinaus
- Bündelung des Wissens von Migranten
- Stärkung der Kompetenzen für den Arbeitsmarkt und der Professionalisierung durch einen Pool

Verabredungen zur Weiterarbeit:

- Aufbau eines Pools für die Kompetenzstärkung der Migranten in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Entwicklungspolitik
- Entwicklungspolitisches Netzwerk der Migrantinnen und Migranten auf Landesebene

Bildung einer Arbeitsgruppe

Im Workshop bildete sich eine Arbeitsgruppe zur Weiterarbeit. Bei Interesse an der Mitarbeit in dieser Arbeitsgruppe nehmen Sie bitte Kontakt mit dem Staatsministerium oder der Ev. Akademie Bad Boll auf.

Ergänzungen zu den Handlungsvorschlägen:

- Aufbau einer Plattform zum Austausch und zur Interessenartikulation der Migrantenselbstorganisationen und von Interessierten zu den Entwicklungspolitischen Leitlinien und zu ihrer Umsetzung: Treffen auf Landesebene 1-2 mal pro Jahr; Identifizierung von Arbeitsgruppen mit regelmäßigen Treffen

Delegierte: Dr. Lucimara Brait-Poplowski, Fellbach

Stellvertreter: Benasy Patrick Andrianampy, Bretzfeld und Ahmadou Bah, Stuttgart

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Workshop 3: Globales Lernen



Verabredungen zur Weiterarbeit:

3a) Bildungsplanreform

- Globales Lernen wird bisher im Prozess der Bildungsplanreform nicht berücksichtigt, Fachgremien wie der LAK, Unesco-Projektschulen sind nicht einbezogen.
- Notwendig ist, dass wichtige Themen in neue Fächer eingegliedert und gestärkt werden
- Vorgeschlagen wird eine Expertentagung für die Bildungsplankommissionen, in denen die Experten aus dem globalen Lernen diese „briefen“ können
- Der Nachhaltigkeitsbeirat soll die neuen Bildungspläne überprüfen
- Wünschenswert wäre ein Beteiligungsprozess wie „Welt:Bürger gefragt!“ zur Bildungsplanreform

3b) Ansprechpartnersystem

- Ist noch nicht begonnen, muss mit Nachdruck verfolgt und strukturell verankert werden.

3c) Entwicklungspolitische Partnerschaften und Programme

- Ist noch nicht begonnen!
- Schulleitungsteams sollen zu Partnerschaften und Programmen informiert werden.

3d) Rahmenvereinbarung zum Globalen Lernen

- Soll zwischen MKJS bzw. Staatsministerium (da das MKJS nur für den schulischen Bereich zuständig ist und die Rahmenvereinbarung auch die Erwachsenenbildung umfassen soll) und DEAB mit klaren Definitionen, Standards und Qualifikationen bis April 2014 abgeschlossen werden.

3e) Dezentrale Lernorte, Kompetenzzentrum, wissenschaftliche Begleitung

- Anerkennung des EPiZ Reutlingen als Haus des Globalen Lernens
- Schaffung eines Fonds für Globale Klassenzimmer in den Regionen

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Zusammenarbeit mit den PHs und FHs

3f) Leitbild „Global Teacher“

- Riesenbedarf von unten
- Definition fehlt
- Elemente: Vom Süden lernen, Freiheit/Lerninseln, handlungsorientiert, projektorientiert, Perspektivenwechsel, Begegnung auf Augenhöhe, außerschulisch
- Akteure: Wissenschaftsministerium, Hochschulen, Kultusministerium, Regierungspräsidien, ...

3g) Bildung trifft Entwicklung

- Förderung durch das Land fehlt
- BnE für Hochschulen
- Weltwärts-Rückkehrende einbeziehen

3h) Migranten als Bildungsakteure

- Internationale Beauftragte
- Agentur für Arbeit einbeziehen

Ergänzungen zu den Handlungsvorschlägen

- Es fehlt Bildung für lebenslanges Lernen
- Community Education
- Globales Lernen soll auch im außerschulischen Bereich explizit in die Handlungsvorschläge aufgenommen werden:
- Kompetenzzentrum mit erweitertem Handlungsfeld
- Neue Akteure als Multiplikatoren einbinden (Vereine, NGOs, ...) und qualifizieren
- Einbindung der Kommunen bei der Einrichtung dezentraler Lernorte
- Globales Lernen auch als Leitprinzip bei außerschulischer Bildung

Im Workshop bildete sich eine Arbeitsgruppe. Bei Interesse an der Mitarbeit in dieser Arbeitsgruppe nehmen Sie bitte Kontakt mit dem Staatsministerium oder der Ev. Akademie Bad Boll auf.

Delegierter: Michael Göcke, Hirschberg, IfB Mannheim/Förderverein

Stellvertretender Delegierter: Gunther Straub (EPiZ), Reutlingen

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Workshop 4: Partnerschaftsarbeit in der Entwicklungspolitik



Themen in der Diskussion

- Landfrauen für Landfrauen
- Zusammenarbeit mit Frauengruppen in Kenia
- Netzwerke des Ökumenischen Rates der Kirchen für Frieden und Versöhnung einbeziehen in der Region der Großen Seen und in Westeuropa
- Projektunterstützung durch das Land Baden-Württemberg für internationale Partnerschaften
- Nachhaltige Stadtentwicklung in Lateinamerika (Stadt Stuttgart mit Bogota in Kolumbien)
- Aufbau einer Partnerschaft zwischen Kolping Myanmar und AK Donzdorf
- Initiative Partnerschaft der badischen Landeskirche
- Tansania-Partnerschaft im Bereich Erneuerbare Energien
- Kilimanjaro Friendship Trail: Baumpflanz-Partnerschaften
- Partnerschaften im kulturellen Bereich: Projekt- und Organisationspartnerschaften, interkultureller Dialog, Netzwerke
- Verknüpfung mit Städtepartnerschaftsvereinen
- Verbindung und Abstimmung von NPO-Aktivitäten vor Ort und in den Entwicklungsländern
- Rehabilitationsarbeit mit Kindern und Jugendlichen

Erwartungen an das Partnerschaftszentrum

- Konzeptionelle Beratung der Akteure
- Vernetzung und Kontaktvermittlung (Datenbank)
- Vernetzung, Kontaktvermittlung

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- ReferentInnenpool (inkl. Finanzierung)
- Koordinierung (Erfassung, Abbildung, Systematisierung)
- Qualifizierung
- Organisation von Studientagen, Ländertreffen, Partnerschaftsforen
- Dienstleistungen (VISA, Arbeitsaufenthalte)
- Vermittlung zwischen Bund, Land und Zivilgesellschaft (Ansprechpartner)
- Migrationsgemeinden in Baden-Württemberg einbeziehen

Erwartungen an das Burundi-Zentrum

- Abschluss eines Partnerschaftsvertrags zwischen Baden-Württemberg und Burundi zu Zielen, Themen, Partnerschaftsträgergruppen, Finanzierung
- Gegenseitige Besuchsreisen als Kern der Partnerschaft
- Partnerschaftsausschüsse in Baden-Württemberg und Burundi mit jeweiliger Beteiligung der Zivilgesellschaft
- Einbeziehung wirtschaftlicher Akteure
- Langfristige Versöhnungsarbeit
- Verhältnis zu Nachbarländern mit in den Blick nehmen
- Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit

Delegierter: Lukas Beutel, Schriesheim

Stellvertretende Delegierter: Susanne Frucht, Stuttgart; Dieter Bravades, Villingen-Schwenningen

Workshop 5: Entwicklungspolitische Verantwortung in der Wirtschaft

Geplante Aktivitäten:

- Dialog mit der Wirtschaft
- Runder Tisch mit der Wirtschaft in der Entwicklungspolitik mit Erarbeitung eines Aktionsplans

Dazu sollen eingeladen werden:

Verbände, Kammern, Finanzwirtschaft/Banken, Unternehmen, Unternehmensverbände, Rüstungswirtschaft, Mittelstand, Gewerkschaften, bw-i, Wirtschaftsförderung, CSR-Unternehmer, Medien, IHK, HK, Zivilgesellschaft, EZ-Scouts
Grundsätzlich soll der Dialog mit möglichst vielen Unternehmen geführt werden.

Es wurde angedacht, den Dialog nicht mit allen Einzuladenden in der Themenbreite zu führen, sondern einzelne Themenbereiche zu clustern. Evtl. könnten weitere genannte Themen, wie z. B. konkrete Hilfen

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

für kleine und mittlere Unternehmen für ein Engagement in den Entwicklungs- und Schwellenländern, im Dialog aufgegriffen werden.

Weitere Mitarbeit am Thema:

Aus dem Arbeitskreis haben viele Teilnehmer Interesse an der Weiterarbeit am Thema signalisiert. Die Liste der Interessenten wurde von der Ev. Akademie Bad Boll zusammengestellt und steht den Koordinatoren für die weitere Vernetzungsarbeit zur Verfügung.

Weitere Themen in der Diskussion:

- Überprüfung der Umsetzung der Einhaltung der Menschenrechte
- Welche Instrumente werden eingesetzt?

Ergänzungen zu den Handlungsvorschlägen

- Konkrete Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen für ein Engagement in den entwicklungs- und Schwellenländern
- Förderung der beruflichen Bildung in den Südländern; Einrichtung eines Kompetenzzentrums für berufliche Bildung in Baden-Württemberg
- Baden-Württemberg soll der Global Marshall Plan Initiative beitreten.
- Verknüpfung des Themas mit anderen laufenden Projekten, z. B. in der Region Stuttgart.

Im Workshop bildete sich eine Arbeitsgruppe zur Weiterarbeit. Bei Interesse an der Mitarbeit in dieser Arbeitsgruppe nehmen Sie bitte Kontakt mit dem Staatsministerium oder der Ev. Akademie Bad Boll auf.

Delegierte: Elke Martin-Ehret, Emmendingen

Stellvertretender Delegierter: Wolfgang Wettach, Tübingen



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Workshop 6: Nachhaltigen Konsum, verantwortliche Beschaffung und Fairer Handel

In der Arbeitsgruppe wurden folgende Themen diskutiert:

- Einbringung eines Landesvergabegesetzes
- Aufbau von Servicestellen (Beratung/Schulung von Beschaffern)
- Verstärkte Mobilisierung der Kommunen
- Faire Beschaffung in Pflegeeinrichtungen
- Beschaffungskonzepte in den Kirchen
- Von 1101 Kommunen haben nur ca. 50 einen Beschaffungsbeschluss
- DWP bietet faire Produkte für die Beschaffung
- Website mit Hinweisen wäre hilfreich
- Die Koordination soll über einen „Runden Tisch Fairen Handel“ erfolgen.

Geplante Aktivitäten

- Konferenz zu Defiziten bei der Beschaffung in Stuttgart mit „best practices“ aus verschiedenen Kommunen.

Ergänzungen zu den Handlungsvorschlägen

- Verzehnfachung des Fairen Handels ist zuwenig!
- Etappenziele und Indikatoren sind notwendig
- Landesbeschaffungsgesetz



Delegierter: Mauricio Gasperi, Ammerbuch

Stellvertretende Delegierte: Elena Muguruza, Stuttgart

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Workshop 7: Ökologische Nachhaltigkeit

Themen aus der Diskussion

- Kampagne für Suffizienz ist notwendig, Effizienz reicht nicht
- Ehrlicher Umgang mit dem Thema Bescheidenheit
- Zukunftsfähiges Deutschland heißt: ressourcenleicht, naturverträglich und selbstbegrenzt
- Das Land soll eine wissenschaftliche Studie „Zukunftsfähiges Burundi“ finanzieren im Hinblick auf die Kooperation mit Baden-Württemberg unter Einbeziehung von Kirchen, Umweltverbänden, Gewerkschaften
- Mobilitätskonzept
- Dezentrale Energieversorgung
- Präferenz für regionale saisonale Produkte, Selbstversorgung, Schulgärten
- Klima-Bündnis
- Keine Tropenhölzer
- Energieeffizienter Wohnen
- Ökologische Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre fördern, auch durch Projekte in Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern
- Technologietransfer auch in die „andere“ Richtung



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Ergänzungen zu den Handlungsvorschlägen

- Die Handlungsvorschläge müssen insgesamt konkretisiert werden. Ein Vegi-Day ist schön, reicht aber nicht.
- Wir brauchen eine Kampagne für Suffizienz
- Bezugspunkt ist die Studie Zukunftsfähiges Deutschland II: Positiv umgesetzt heißt das „ressourcenleicht, naturverträglich, selbstbegrenzt“. Das muss landesweit und international handlungsleitend werden
- Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft in Lehre und Forschung, Förderpolitik und Projekten mit Entwicklungsländern
- (Klein-) bäuerliche Strukturen fördern, nicht nur hier, sondern auch in Entwicklungsländern
- Genfreie Zone Baden-Württemberg
- Ernährungssouveränität: Ernährungsverhalten und Konsumentenkultur ändern
- Änderung der Agrarsubventionierung: ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften, nicht Agrarfabriken
- Baden-Württemberg soll konkret (finanziell und mit Beratung) den Ökoanbau in den Partnerländern fördern
- Landeskantinen, Schulen, Messen, Gefängnisse sollen ökologisch, regional, saisonal und fair kochen
- Einbindung des Verbraucherschutzes
- Befähigung der Verwaltung zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“

Delegierte/r: Jobst Kraus, Bad Boll

Stellvertretender Delegierter: Dietmar Kohler, Konstanz



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

3. Podiumsdiskussion mit den entwicklungspolitischen Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen

Mit Petra Häffner MdL (Bündnis 90/Die Grünen), Rita Haller-Haid MdL (SPD),
Thaddäus Kunzmann MdL (CDU), Ingrid Walz, FDP



Bei der sich abschließenden Podiums- und Plenumsdiskussion wurden die Fraktionen des Landtags durch Frau Haller-Haid, entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Frau Petra Häffner, entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Herr Thaddäus Kunzmann MdL (CDU) und Frau Ingrid Walz, ehem. MdB und Vorsitzende des Landesfachausschusses Wirtschaftliche Zusammenarbeit der FDP vertreten.

Die erste Frage war, wie zukünftig mit den Leitlinien im Landtag verfahren wird und wie die Anliegen der Entwicklungspolitik des Landes nicht nur im Landtag, sondern auch in den Parteien weitergebracht werden können. Frau Häffner lobte den Konsens zwischen den Fraktionen und Frau Haller-Haid zeigte sich erfreut darüber, dass das Thema Entwicklungspolitik nun nicht mehr nur von den entwicklungspolitischen Sprecher/innen der Fraktionen, sondern vom gesamten Landtag behandelt würde. Herr Kunzmann beklagte, dass in diesem Themenbereich noch niemand auf die CDU-Fraktion zugegangen sei und die CDU sich daher innerhalb ihrer Fraktion noch nicht mit diesem Thema auseinandergesetzt habe. Frau Walz kritisierte, dass entwicklungspolitische Themen auch auf Bundesebene nicht auf großes Interesse gestoßen seien. Mit Blick auf die Leitlinien und Handlungsvorschläge des Dialogprozesses *Welt:Bürger gefragt!* konstatierte sie eine Vermengung von Forderungen, die sogleich umgesetzt werden müssten, mit „Wunschvorstellungen“, deren Umsetzung weitaus schwieriger sei.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Frau Häffner ging überdies auf die Notwendigkeit konkreter Vorschläge ein, da Entwicklungspolitik vor Ort stattfinden, aber auch global sei. Die Zielsetzungen kämen mittlerweile auch in der Wirtschaft an. Herr Kunzmann betonte, dass die kommunale Ebene häufig der Landespolitik voraus sei und auch die Wirtschaft vorausdenkend handle; dies sei aber noch nicht bei den politischen Akteuren im Bewusstsein.

Frau Haller-Haid forderte, dass die **Vergaberichtlinien** durch ein neues Vergabegesetz verändert werden müssten. Sie hoffe dabei auf den Konsens aller Parteien. Ein Sprecher aus dem Plenum reagierte darauf mit der Kritik, auch nach zwei Jahren hätte die Landesregierung dieses noch nicht durchgesetzt und beschränke sich auf die derzeit noch laufende Erhebung des Status quo.

Das Thema der **Rüstungsexporte** wurde auch bei der Ersten Landesentwicklungskonferenz erneut im Plenum angesprochen. Frau Walz verwies dazu auf die Notwendigkeit, ein Dialogforum mit der Wirtschaft einzurichten, im Zuge dessen Angebote an die Wirtschaft ergehen könnten, was die Betriebe statt Rüstungsgütern produzieren könnten. In diesem Kontext betonte sie die grundsätzliche Bedeutung eines **Dialogforums mit der Wirtschaft**. Die überwiegend mittelständisch organisierte Industrie in Baden-Württemberg habe kein Interesse, in die ihrer Ansicht nach überwiegend instabilen afrikanischen Staaten zu investieren. Dies wäre – so Walz – aber ein wichtiger Entwicklungsfaktor für diese Staaten, da durch den Transfer von Standards die baden-württembergischen Unternehmen als Vorbilder gelten könnten, so dass informelle Betriebe und Märkte in die formelle Wirtschaft integriert werden könnten. Auch die Einrichtung von Genossenschaften sei von enormer Bedeutung, um Wertschöpfung vor Ort erzeugen zu können.

Aus dem Plenum wurde kritisiert, dass das **Globale Lernen** – wie schon mehrfach gefordert – in den Bildungsplänen verankert sein müsse, dass auch die außerschulische Bildung mit zu berücksichtigen sei, und dass vor dem Hintergrund der Bedeutung von Bildung die Schließung des Zentrums für Internationale Berufsbildung in Mannheim nicht nachvollziehbar sei. Hinsichtlich des letzten Punktes äußerte Frau Haller-Haid, dass diese Form der beruflichen Bildung in Entwicklungsländern auch in Zukunft gefördert werden solle. Die Duale Ausbildung solle ausgeweitet und auch weiterhin in andere Länder übertragen werden. Herr Kunzmann entgegnete, dass die Duale Ausbildung aber nicht nur in anderen Ländern geschätzt, sondern auch hier für wichtig erachtet werden müsste. Frau Haller-Haid ermutigte die Akteure im Bereich der Bildung, die Vertreter des Kultusministeriums direkt anzusprechen und ihre Anliegen bei Anhörungen und den Abgeordneten direkt vorzubringen.

Frau Häffner verwies auf die Bedeutung eines Austauschs und von Kontakten und Begegnungen, denen ja auch diese Veranstaltung diene. Der Austausch solle auch beispielsweise Menschen im **Partnerland Burundi** umfassen. Dabei sei aber darauf zu achten, dass Angebote adressatengerecht gestaltet werden müssen. Frau Walz nahm für die Förderung außerschulischen Lernens auch die Presse in die Pflicht, die

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Themen der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt publik machen müssten. Wichtig sei auch – wie bereits in den Handlungsvorschlägen vermerkt –, die Freistellung von Lehrkräften für die Entwicklungszusammenarbeit zu erleichtern.

Grundsätzlich sei auch, so eine Stimme aus dem Plenum, zu bedenken, was im Ausland wohin entwickelt würde. Gefordert wurden **Richtlinien für die Vergabe von Geldern**, auch im Bereich der Wirtschaft. Weitere Stimmen aus dem Plenum merkten an, dass es bereits viele Kooperationen und Initiativen gebe, die aber von der Politik nicht ernstgenommen würden, und dass es grundsätzlich schwierig sei, Abgeordnete für Gespräche über entwicklungspolitische Themen zu erreichen. Hier sei die Unterstützung durch die Politik unabdingbar. Ein Vorschlag wäre die **Einrichtung von Foren zwischen den Abgeordneten**.

Frau Walz hatte bereits in ihrem Eingangsstatement die Notwendigkeit betont, gerade auch junge Leute verstärkt einzubinden, und schlug dazu die Einbindung von Absolventen von Friedensdiensten und anderen **Rückkehrern** in die Entwicklungspolitik des Landes vor. Dies wurde von den jüngeren Vertretern im Plenum begrüßt, die allerdings ein überkommenes Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit kritisierten, das sich in Begrifflichkeiten wie „Dritte Welt“, „Entwicklungshelfer“ usw. widerspiegle.

Abschließend konstatierte eine Teilnehmerin der entwicklungspolitischen Landeskonferenz, notwendig seien nicht nur guter Wille, sondern auch Gesetze, und keine Hilfe, sondern Gerechtigkeit. Sie sagte: **„Hilfe ist wichtig, Gerechtigkeit ist besser!“**

In der letzten Runde der Podiumsteilnehmenden bekräftigte Frau Häffner diesen Schlusssatz aus dem Plenum. Sie schätze überdies den Rat für Entwicklungszusammenarbeit als Zugang in den Landtag und die mit ihm einhergehende Verbindlichkeit. Frau Walz wertete den Entwicklungspolitischen Dialog als „absoluten Fortschritt“. Die Idee aus den Workshops seitens von Diasporagemeinschaften, ein eigenes Forum und somit einen Verband zu gründen, der auch für die Entwicklungszusammenarbeit in den Herkunftsländern genutzt werden kann, wurde von Frau Haller-Haid hervorgehoben. Zudem habe die Landesregierung bereits vieles verändert. Sie wolle aber nicht das Landesvergabegesetz gegen Widerstände durchsetzen und erst den Dialog mit der Wirtschaft suchen. Dazu erbat sie die notwendige Geduld. Kunzmann schloss die Podiumsrunde „als Außenstehender“ und betonte, Betroffene, auch Verbraucher und die Wirtschaft, dürften nicht überfordert werden, was Widerstand nach sich zöge. Veränderungen müssten auch für diese „lösbar“ sein. Seine Fraktion wolle sich konstruktiv in die Erarbeitung eines Landesvergabegesetzes einbringen.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog **WELT:BÜRGER GEFRAGT!** finden Sie unter:

www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt.

Kontakt:

Staatsministerium Stuttgart

Referat Internationale Angelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit

poststelle@stm.bwl.de

Evangelische Akademie Bad Boll

Dr. Regina Fein, Simone Helmschrott, Dr. Dieter Heidtmann

weltbuerger@ev-akademie-boll.de